



ZEHNTES STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Telefon: (0331) 977-1225 • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Kristin Walter • Nico Unkelbach • Maja S. Wallstein

Protokoll der 10. Sitzung des X. Studierendenparlamentes am 29.01.2008

Anwesende:

Jusos: Maja S. Wallstein

GAL: Björn Ruberg, Nadine Günther, David Schroeren, Jörg Schindler, Jürgen Stelter, Stefan Klose

Linke.SDS: Moritz Kirchner

RCDS: Clas Hasslinger, Stephan Hennig

[oll]: Matthias Wernicke

gül: Nico Unkelbach, Thomas Popp

idealliste: /

{wisiwidu}: Max Metzger

LUST: Kristin Walter

AStA: Malte Clausen, Tamás Blénessy, Mehdi Chbihi, Dorit Horn, Martin Seiffert, Thomas Szodruch, Ronny Besançon, Philipp Kramp, Janette Kluge, Norbert Müller

Gäste: Marco Kirchhof, Mathias Kern

|| Hinweis || Abstimmungsergebnisse werden in der Form Ja / Nein / Enthaltung dargestellt.

GO = Geschäftsordnung

TO = Tagesordnung

TOP = Tagesordnungspunkt

StuPa = Studierendenparlament

AStA = Allgemeiner Studierendenausschuss

Ini-Antrag = Initiativantrag

PE = Persönliche Erklärung

Sitzungsbeginn: 19:38 Uhr

Redeleitung: Kristin Walter

Protokoll: Maja S. Wallstein

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

14 Mitglieder des Studierendenparlamentes anwesend. Das Stupa ist damit beschlussfähig.

2. Beschluss der Tagesordnung

Vorschlag von Stefan Klose: ÄA von TOP 1-7 auf 21:30 Uhr zu beschränken

- keine Gegenrede
- Präsidium übernimmt Stefans Vorschlag

TO- mit 14 Ja Stimmen angenommen

3. Beschluss des Protokolls vom 27.11.2007

[19:54 Uhr Moritz Kirchner kommt. Damit ab jetzt 15 ParlamentarierInnen]

verschiedene Änderungsanträge der Parlamentarierinnen, die das Präsidium übernimmt
Diskussion zu Aussagen von Tamás Blénessy aus dem Protokollentwurf aus der Tischvorlage
Tamás Blénessy kündigt eine persönliche Erklärung an

PE von Tamás Blénessy:

Ich bin offen gesagt mehr als erstaunt darüber, dass weiterhin versucht wird, mir Worte in den Mund zu legen, die ich nicht geäußert habe. Dass es sich bei dieser Diskussion um ein absurdes Theater handelt, ist zumindest mir mehr als deutlich: Jetzt wollen Menschen aus der GAL-Fraktion vermerkt haben, dass sie eventuell etwas anderes verstanden hätten, als ich gesagt hatte. Ich frage mich nur, seit wann so etwas in einem Protokoll steht. Ich bestehe weiterhin auf meiner Formulierung, die ich dem Präsidium des Studierendenparlamentes am 18. Dezember mitgeteilt hatte. Diese lautet: "Die GAL wirft der Koalition ständig vor, von der [oll] gesteuert zu sein. Es gibt die [oll] und irgendwelche 'Tarnlisten'. Das intendiert, dass die [oll] die Fäden zieht und die anderen Listen in der Koalition fremdbestimmt oder ferngesteuert sind.

Das ist eine handfeste Verschwörungstheorie. Dieses Bild von der derzeitigen Koalition ist schlichtweg falsch. Übrigens ist der Antisemitismus auch ein Beispiel für eine allumfassende Verschwörungstheorie." Ich hatte dies damals auch als Änderungsantrag gestellt. Anscheinend wird es nicht für notwendig erachtet diesen Änderungsantrag überhaupt zu behandeln. Dies enttäuscht mich umso mehr.

Vorschlag von Kristin Walter den Beschluss des Protokolls zu vertagen.

Moritz Kirchner beantragt um 19:57 Uhr eine Fraktionspause (5 Minuten, d.h. bis 20:02 20:10 Uhr Sitzung geht weiter.

Matthias Wernicke kündigt eine persönliche Erklärung an.

PE von Matthias Wernicke:

Die Debatte über das StuPa-Protokoll vom 27.11.2008 zeigt erschreckend, wie die Opposition aus GAL, LUST und RCDS ihre Mehrheit auf der heutigen StuPa-Sitzung dazu nutzen möchte, Mitgliedern der Koalition unwahre Aussagen zu unterstellen und diese ins Protokoll "zu stimmen".

Ich empfinde es als niveaulos und studentischer Politik nicht angemessen:

*a) ... jemandem öffentlich (in einer GAL-PM) zu unterstellen, er habe einem anderen Mitglied des StuPa antisemitische Argumentation vorgeworfen, *obwohl* bereits auf der fraglichen Sitzung richtig gestellt wurde, dass ein solcher Vorwurf niemals intendiert war und aus der genauen Wortwahl (in einer - zugegebenermaßen - lauten Situation, in der Missverständnisse leicht entstehen können) ein solcher Vorwurf auch nicht abzuleiten war.*

b) ... nachdem dieses Missverständnis ausführlich (auch öffentlich) diskutiert wurde und nunmehr fast 2 Monate zurück liegt, im offiziellen Protokoll der fraglichen Sitzung als **Aussage der der beschuldigten Person** festhalten zu wollen, was man - wahrscheinlich auf Grund eines Missverständnisses in einer lauten Situation - verstanden zu haben meint. Auf eine solche Unterstellung wäre es jedenfalls hinausgelaufen, wenn die von Tamás beantragte Korrektur des Protokolls (die im Übrigen scheinbar auch schon vom Präsidium übernommen wurde und bloß auf Grund eines Fehler noch nicht in der Beschluss-Vorlage abgedruckt war) durch die Oppositionsmehrheit abgelehnt worden wäre.

[nachträgliche Ergänzung 1: Es gab bereits während der Sitzung einige angebliche "Kompromiss-Vorschläge", wohl aber auch einen vielleicht gangbaren Verfahrensvorschlag von Jürgen, der mir leider zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht bekannt war.]

Das gerade dargestellt Verhalten - was insbesondere von Teilen der GAL-Fraktion ausging - zeugt für mich von einer populistischen Intension, die Skandalisierung und Schlagzeilen über die Belange studentischer Politik und besonders über eine inhaltliche Auseinandersetzung stellt. Ein solches Verhalten kann zwar einigen Personen kurzfristig zu medialer Aufmerksamkeit verhelfen, schadet aber meiner Ansicht nach langfristig einer starken und erst zu nehmenden studentischen Interessenvertretung und zeugt nicht von verantwortungsbewusstem Umgang mit studentischer Politik und studentischen Interessen.

Ich habe, auf Grund der zu erwartenden Ablehnung der Protokoll-Korrektur (die ja eigentlich bereits vorher vom StuPa-Präsidium übernommen worden war), das StuPa-Präsidium aufgefordert, die Korrektur nicht abstimmen zu lassen sondern in die Abstimmungsvorlage des gesamten Protokolls zu übernehmen. Davon habe ich mir eine Deeskalation der angespannten Debatte erhofft.

Leider wurde mein Vorschlag von der Redeleitung (Kristin Walter, Mitglied des Präsidiums und Mitglied der LUST und Opposition) nicht angenommen.

Schließlich entschied sich die Koalition dafür, eine "Koalitionspause" zu beantragen. Eine solche Pause gibt es in der GO des StuPa nicht. Auf die Nachfrage, ob eine "Fraktionspause" (5 Minuten) oder eine "Beratungspause" (15 Minuten) gemeint gewesen sein, wurde geantwortet, dass wir hoffen, in 5 Minuten die nötigen Absprachen geführt zu haben.

In der Beratung der Koalitions-Listen wurde diskutiert, wie wir mit der Situation umgehen wollen, in der auf Grund der vorherigen Debatte, keine inhaltliche und sachliche Beratung der anstehen Anträge mehr zu erwarten war.

Ich möchte hier nochmals explizit mein Bedauern darüber ausdrücken, dass in dieser Sitzung keine sachlich, inhaltliche Debatte mehr möglich schien. Schließlich war es im letzten halben Jahr regelmäßig das Anliegen der AStA tragenden Listen offene und partizipative Diskussionen - auch im StuPa - zu ermöglichen. Auch auf der StuPa-Sitzung am 18.12.2007 (in der sich die AStA tragenden Listen ebenfalls in der Minderheit befanden) wurde **erfreulicherweise** eine konstruktive gemeinsame Diskussion über den Hochschulentwicklungsplan geführt. Vor diesem Hintergrund halte ich die derzeitigen Entwicklungen für einen bedauerlichen Rückschritt.

Jedenfalls war es für die Koalition nicht möglich, die notwendigen Diskussionen in 5 Minuten zu Ende zu führen.

Auf die Bitte, die Pause zu verlängern, wurde seitens Kristin leider nicht eingegangen. Statt dessen drohte sie damit, die Beschlussfähigkeit des StuPa in Frage zu stellen, wenn wir

unsere Beratung nicht postwendend beenden würden.

[nachträgliche Ergänzung 2: Von einem angeblichen Vorschlag des StuPa-Präsidiums, eine weitere Fraktionspause zu beantragen, war mir zum Zeitpunkt der Sitzung leider nichts bekannt.]

Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit ist folgendes anzumerken:

Das Parlament kann auch mit weniger als 14 anwesenden Mitgliedern weiter beraten und Beschlüsse fällen. Erst wenn ein GO-Antrag auf "Feststellung der Beschlussfähigkeit" gestellt wird (der im Übrigen bisher immer als Antrag gehandhabt wurde, der keiner weiteren Abstimmung bedarf), wird die Sitzung beendet, falls keine 14 ParlamentarierInnen anwesend sind.

Die Opposition hätte also das Protokoll allein mit ihren Stimmen abstimmen können und in der Beratung fortfahren können. An einer solchen Abstimmung des Protokolls hätte ich mich nicht beteiligt und kann - auf Grund des oben dargelegten Sachverhaltes - auch sehr gut verstehen, wenn anderen Koalitionsmitglieder sich ebenfalls nicht daran beteiligen wollten.

Ich begab mich daher wieder in den Sitzungsraum - obwohl noch kein endgültiges Ergebnis über das weitere Vorgehen in der Koalitionsberatung erzielt worden war - um im Falle einer Abstimmung des Protokolls wenigstens meine Kritik an dieser Abstimmung bzw. im Falle der Feststellung der Beschlussunfähigkeit wenigstens meine Kritik am Verfahren in Form einer Persönlichen Erklärung festhalten zu können.

Dies habe ich hiermit getan.

Jürgen Stelter schlägt vor das Protokoll wie folgt zu ergänzen: streiche in Zeile 423 ab: „Das sei...“ ersetze dafür: „Über die Debatte im Anschluss gibt es unterschiedliche Auffassungen. Während Jürgen bei Tamás' Aussage einen Antisemitismus- Vorwurf verstanden hat, beteuert dieser einen solchen Vorwurf nicht getätigt zu haben.“

Tamás Blénessy möchte sich zu diesem Vorschlag nicht äußern.

Kristin Walter bittet um die Aufnahme folgenden Dialoges in das Protokoll:

Kristin Walter: „Hol' mal die Leute rein, ich stell jetzt die Beschlussfähigkeit fest.“

Tamás Blénessy: „Frag dich mal warum sie nicht wiederkommen. Vielleicht hat dies einen Grund.“

Kristin Walter stellt Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit

8 ParlamentarierInnen → damit ist das Stupa nicht mehr beschlussfähig. Die Sitzung wird beendet.

Kristin Walter kündigt ihren Rücktritt aus dem Präsidium des Studierendenparlaments und eine PE an.

Persönliche Erklärung von Kristin Walter

Nachdem aufgrund des Fehlens etlicher Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Koalitions-Listen die Sitzung des Studierendenparlaments erst um 19.35 Uhr beginnen konnte, nahm sie im Rahmen der Debatte um das Protokoll vom 27.11.2007 - trotz einer langen Liste zu besprechender Anträge - ein abruptes Ende.

Ursache war eine Meinungsverschiedenheit über eine Aussage des Referenten für Öffentlichkeitsarbeit in eben jenem Protokoll. Nachdem sich die Opposition auf der Sitzung mit neun zu sechs Stimmen in der Mehrheit befand, befürchtete man offenbar in den Reihen der Koalition, dass auf diese Weise ein unliebsames Abstimmungsergebnis zustande kommen würde. Deshalb entschloss man sich zu einem geschäftsordnungswidrigen, undemokratischen und von Machtmotiven geprägten Verhalten, welches in meinem Rücktritt und im Ende der

Sitzung aufgrund Beschlussunfähigkeit mündete:

Um 19.57 Uhr beantragte Moritz Kirchner für Die Linke.SDS eine Fraktionspause gem. § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes. Daraufhin wurde die Sitzung für die maximale Dauer von fünf Minuten, mithin bis 20.02 Uhr, unterbrochen.

Nach Ablauf dieser in der Geschäftsordnung vorgesehenen Höchstdauer der Fraktionspause, war keine Parlamentarierin und kein Parlamentarier der Listen Die Linke.SDS, güll, {wisiwidu}, idealliste, [oll] und JuSos in den Sitzungsraum zurückgekehrt. Auf Nachfrage des Referenten für Ausländische Studierende wurde erläutert, dass eine Fraktionspause gemäß der

Geschäftsordnung eine Höchstdauer von fünf Minuten habe, es aber durchaus die Möglichkeit

gäbe, dass die anderen Koalitions-Listen zu diesem Tagesordnungspunkt weitere Fraktionspausen beantragen.

Die in der Fraktionspause befindlichen Mitglieder des Studierendenparlamentes wurden mehrfach gebeten, die Pause zu beenden und eine Fortführung der Sitzung zu ermöglichen. Auch auf diese Bitten hin tat sich jedoch rein gar nichts. Ebenso wenig wurde von einer anderen Liste eine weitere Fraktionspause beantragt.

Inzwischen war die Stimmung im Sitzungsraum gespannt, dem Präsidium wurde Parteinahme für die Koalition vorgeworfen, da es mit der Sitzung nicht fortfuhr. Zudem wurde der Wunsch nach Feststellung der Beschlussfähigkeit geäußert. Nachdem Matthias Wernicke und Tamás Blénessy in den Sitzungsraum zurückgekehrt waren, gab es einen Kompromissvorschlag von Jürgen Stelter zu der umstrittenen Formulierung im Protokoll vom 27.11.2007. Dieser wurde jedoch nicht weiter debattiert, statt dessen wurden Persönliche Erklärungen angekündigt und von Tamás die Frage an mich gerichtet, ob mir vielleicht in den Sinn käme, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der oben genannten Listen mit Absicht nicht zur Sitzung zurückkehrten. Absicht war es vielleicht auch, dass Matthias Wernicke, obwohl anwesend und guter Kenner der Geschäftsordnung, keine weitere Fraktionspause beantragte? In Reaktion auf diesen Vorgang habe ich nach Feststellung der Beschlussunfähigkeit des StuPa - mittlerweile war die Zeit für die Fraktionspause um das Doppelte überschritten - meinen Rücktritt vom Präsidium eingereicht.

Hierzu stellen sich mir zwei Fragen:

1. Was hätten die Koalitions-Listen dem Präsidium für Vorwürfe gemacht, wenn es der Opposition gestattet hätte, statt der maximalen fünf Minuten einfach so lange Pause zu machen, bis die Beratungen beendet sind?

Genau. Man hätte ihm Parteinahme, Voreingenommenheit oder Agieren gegen die Koalition vorgeworfen. Die Regeln der Geschäftsordnung gelten aber für alle Mitglieder des Studierendenparlamentes und für alle anderen Anwesenden ebenso. Ob man diese Regelungen begrüßen mag oder nicht, steht auf einem anderen Blatt Papier.

Dem Präsidium ist es nicht möglich, einfach mal eine Ausnahme zu machen, weil die Beratungen länger dauern. Denn wenn es das täte, könnten alle anderen dies auch verlangen

- und dann könnte die Geschäftsordnung ganz abgeschafft werden.

Wenn also die Koalition verlangt, dass trotz der allseits bekannten Regelungen in der Geschäftsordnung der Rest des Studierendenparlamentes einfach wartet, bis die Beratungen beendet sind, dann kann dies nur zwei Dinge bedeuten:

Entweder, sie fordert für sich eine Sonderbehandlung durch das Präsidium. Oder aber sie nimmt die Regelungen der verfassten Studierendenschaft nicht sonderlich ernst. Beides ist sehr bedenklich und nicht mit demokratisch-rechtsstaatlichen Grundsätzen in Einklang zu bringen.

2. Was würden die Koalitions-Listen tun, wenn auf jeder Sitzung, in der sich die Opposition in der Minderheit befindet und ein kontroverses Thema debattiert wird, die Opposition

*einfach die Sitzung durch Aufhebung der Beschlussfähigkeit sprengen würde?
Genau. Sie würden der Opposition undemokratisches Verhalten vorwerfen, eine anklagende Pressemitteilung verfassen und sich selbst im Recht sehen. Wenn aber im umgekehrten Fall die Opposition sich aufregt, dass die Koalition aufgrund der Konsistenz des Studierendenparlaments einfach die Beschlussfähigkeit aufhebt um einen Beschluss zu verhindern und es dann politische Notwehr nennt, dann ist das unverständlich für die Koalition. Dies kann nur eins bedeuten:*

Die Koalition sieht sich mit anderen (sprich: mehr) Rechten ausgestattet, als die Opposition. Da ist dann nichts mehr übrig vom allseits proklamierten Minderheitenschutz, der Wahrung demokratischer Traditionen und Entscheidungsprozesse oder einfach einem Grundniveau an Gleichbehandlung von gleichen Sachverhalten.

In einer solchen Situation sehe ich mich nicht mehr in der Lage, die im Präsidium erforderliche Arbeit zu leisten und das Studierendenparlament funktionsfähig zu halten.

Björn Ruberg kündigt eine PE an

PE von Björn Ruberg

Das auf der 10. StuPa-Sitzung Geschehene ist nicht weniger als ein Skandal. Erneut waren zwei Drittel der Koalition abwesend. Solange trotzdem noch die Beschlussfähigkeit erreicht wird, kann ich als Oppositionspolitiker damit leben. Die Handlungen der Studierendenschaft der Opposition zu überlassen, ist aus meiner Sicht nur vernünftig.

Was dann während der Sitzung geschah, war sehr viel weniger vernünftig. Tamás Blénessy (oll) und seines Zeichens AStA-Referent für Öffentlichkeit, wollte eine ihm unangenehme Stelle im Protokoll der Sitzung vom 27.11. streichen lassen. Meiner Wahrnehmung nach hat er auf der Sitzung die Argumentation eines GAL-Parlamentariers in Verbindung mit dem Antisemitismus gebracht. So wurden seine Worte von vielen Anwesenden verstanden. Die Stelle im Protokoll ist also nicht ohne Brisanz. Der Protokollentwurf des StuPa-Präsidenten von der Koalitionsliste gültig bestätigte das Verständnis, was die GAL vom Gesagten hatte.

Dennoch bestritt Blénessy derartiges gesagt zu haben und forderte den Satz durch einen von ihm genannten Wortlaut zu ersetzen, der natürlich was anderes besagte.

Blénessy bestand auf diesem Wortlaut und lehnte einen Güteversuch ab, in dem nur noch festgehalten wurde, dass es unterschiedliche Interpretationen des Gesagten gäbe.

Das ist schließlich auch Fakt.

Das Blénessy der festen Überzeugung ist, etwas anderes gesagt zu haben, bedeutet nicht, dass dem auch so war.

Die Koalition musste nun feststellen, dass sie nicht über die notwendige Mehrheit verfügte, um die von Blénessy bestimmte Wahrheit durchzusetzen. Es folgte eine Fraktionspause, in der fleißig über das Vorgehen diskutiert und die Ankunft weiterer ParlamentarierInnen abgewartet wurde.

Das schien nicht erfolversprechend. Als die Pause zu Ende war und das Präsidium zur Rückkehr in den Saal aufrief, kehrten nur Blénessy und der einzige anwesende oll-Parlamentarier zurück. Letzter kündigte lediglich eine persönliche Erklärung an.

Da die notwendigen 14 ParlamentarierInnen nicht anwesend waren, blieb den Präsidium nichts übrig, als die Beschlussunfähigkeit der Sitzung festzustellen und sie zu beenden.

Mit diesem grandiosen Schritt der Koalition wurde die Sitzung gesprengt, jede Diskussion abgewürgt und der Beschluss des Protokolls verhindert . Auf der nächsten Sitzung hat man ja vielleicht wieder eine Mehrheit.

Das Koalitions-Verständnis der demokratischen und parlamentarischen Spielregeln ist einfach nur erschreckend.

Dass nachträglich mit allen Mitteln versucht wird, der Opposition die Schuld in die Schuhe zu schieben, rundet den Skandal ab.

Der ganze Vorfall ist einfach nur noch peinlich.

PE von Moritz Kirchner

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

ich empfinde es als sehr bedauerlich, dass durch ein streng legalistisches Vorgehen eine notwendige Beratung der Koalition nicht ermöglicht wurde, wie es möglich gewesen wäre. Aufgrund meines zu spät Kommens, welches ich an dieser Stelle auch noch einmal entschuldigt wissen möchte, musste ich mir zunächst einmal einen Überblick verschaffen, und empfand gleichzeitig die sich mir darbietende Debatte als belastend. In diesem Sinne sollte die Einberufung der Fraktionspause deeskalierend wirken. Und danach ergab sich ob der Debatte und der daraus zu antizipierenden Debatten und Ergebnisse der Sitzung ein längerer Bedarf an Beratung, der keinesfalls erfüllt werden konnte in 5 Minuten. Leider wurde der von Mehdi Chbibi geäußerte Wunsch nach längerer Beratung auch negativ beschieden.

Moritz Kirchner

Sitzungsende: 20:15 Uhr